

Das Volkswort

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle. Bezirk Merseburg

Das "Volkswort" erscheint mit Beilagen. Es ist Publikations-Organ der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisations- und amfängerischen Verbände. Schriftleitung: G. Wäckerle & Bernward-Verlag, Halle, 240/25, 250/5. Vertriebsstellen: Halle, 240/25, 250/5. Preis: 15 bis 14 UG. — Inverlangt eingehenden Manuskripten ist kein Bescheid zu begehren.

Bezugspreis monatlich 1,50 und 0,30 RM. Anfertigungsgebühr, insgesamt 2,10 RM. Für Abholer monatlich 0,45 RM. Volkswortpreis 2,10 RM. durch Postboten ausserhalb 2,50 RM. bei direkter Einlieferung an den Verlag 2,40 RM. — Einzelpreis 15 Pf. im Einzelnen und 80 Pf. im Belegmetall der Württemberg. Druckerei-Verlag: G. Wäckerle & Bernward 240/25, 250/5. Vertriebsstelle 20219 Grütz.

Sozialdemokratie im Kampf gegen den Imperialismus im Fernen Osten

Deutschland muß Japan boykottieren!

Kriegspolitik bricht Völkerbundpakt und Kellogg-Pakt / Aufsehenerregender Vorstoß unserer Reichstagsfraktion

Eine Interpellation der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, in der die Reichsregierung gefragt wird, ob sie zum Handelsboykott gegen Japan bereit ist, hat folgenden Wortlaut:

„Mit der Reichsregierung besteht, angesichts der Vorgänge in China im Völkerbund den Standpunkt einzunehmen, daß Japan durch seine feigen Schritte gegen China und durch die Schaffung des künstlichen Mandchurienstaats den

Völkerbundpakt und den Kellogg-Pakt gebrochen hat?

Ist die Reichsregierung bereit, im Völkerbund, dessen Nutzen schon durch sein bisheriges Verhalten in dieser Sache schweren Schaden erlitten hat, dafür einzutreten, daß dieser von der japanischen Regierung die sofortige und verbindungslose Anerkennung und Ausführung des Litton-Vertrages verlangt, widrigenfalls sämtliche Unterzeichner des Völkerbundstatuts und des Kellogg-Paktes die Ver-

pflichtung übernehmen würden, die diplomatischen und handelspolitischen Beziehungen zu Japan unterzählig abzubrechen?

Ist die Reichsregierung bereit, ihren Vertreter im sogenannten 19er Ausschuß des Völkerbundes dahin zu instruieren, daß er die sofortige Einberufung einer außerordentlichen Völkerbunderversammlung verlangt, auf der zu dem Verhalten Japans Stellung genommen wird?

Solche Leute sehen sich an einen Tisch! Dapen und Hitler

„Nationale“ Beschimpfungen und „nationaler“ Betrug

Aus einem Haufen von Flugblättern, die die Nationalsozialistische Partei vor der letzten Reichstagswahl im Kampf gegen das Japan-Regime ins Volk geworfen hat, greifen wir auf gut Glück eines der Reklamiergen heraus, für das Heinrich Heiter, M. d. R., verantwortlich zeichnet. Das Blatt, das die Hefterschrift „2x2“ trägt und das die Stimmabgabe für die Hitler-Partei als das einzig mögliche Ergebnis der politischen Berechnungen von Arbeitern, Bauern und Bürgern hinstellt, legt Japan mit der deutschnationalen Reaktion gleich:

„Japan: das heißt deutschnationaler Reaktion. Deutschnationaler Reaktion heißt: Entzweiung, Dreifachverrat, Fremdenhass, Klassenkampf, Unfähigkeit, Vernichtung der Wirtschaft, Arbeitslosigkeit, Mangelwesen, Volkswirtschaft“

Mit dem so getennschätzten Mann, auf dem der Hühner der Nationalsozialisten lauten mußte, trifft sich acht Wochen nach der Wahl der Führer der Partei, wie er selbst sagt, die politische Lage mit ihm zu diskutieren, das heißt in Wirklichkeit, um sich seine politische Unfähigkeit zu sichern. Vermag man sich etwas Würdevolleres vorzustellen?

Den Vergleich mit Hitler hält höchstens Herr v. Papen selber aus, der alle die Beschimpfungen, die man gegen ihn geschleudert hat, unbeachtet läßt und sich auf intime Verhandlungen mit dem Politiker einläßt, der für alle jene Angriffe die Verantwortung trug.

Freilich, was tut man nicht alles, um des „Nationalen“ willen! Es muß die nationale Konzentration geschaffen werden, und um dieses Ziel zu erreichen, konzentriert der ehemalige Reichstagsrat nicht nur mit Hitler, sondern auch mit den Nationalen — lies: Reichsboten und mit den Vertretern der westfälischen Schwärzerei, die über das feindschaftliche Zusammenstreifen von Rön verknüpft waren, weil sie nicht rechtzeitig ins Vertrauen gezogen worden sind.

Der nationalen Konzentration sind also wieder einmal die Wege offen, und schon heißt sich auch die Deutsche Volkspartei, ihr volles Einverständnis mit der neuen Wendung der Dinge zu erklären. Sie wolle zwar Herrn v. Schleicher weiter unterstützen, aber ihr Streben nach einer Zusammenfassung aller nationalen Kräfte sei bekannt. Nicht minder der Führer des badiischen Zentrums Dr. Höfer, der auf der böhmischen Tagung des Angewandtenvereins auseinandergesetzt, daß es trotz aller Bedenken gegen den Nationalsozialismus außer ihrer Einbeziehung keine andere Möglichkeit einer Auflösung der „Koalition der Reaktion“ im Reichstag gebe.

Vollständig zurückhaltend zeigt sich einstweilen noch die Deutschnationalen, die am Sonntag durch den Mund des Abg. Derrfahnen verurteilt sind, grundsätzlich ist zwar eine Regierungsbeteiligung der Nationalsozialisten nicht abzulehnen, doch die Partei im Augenblick eigentlich noch nicht reif. Dasselbe aus Herrn Augener wird nicht reiflich reifen lassen, denn wenn Hitler sich mit Papen verständigt, dann ist damit der endgültige Beweis erbracht, daß weder intellektuelle noch landwirtschaftliche Unternehmern um dem „Sozialismus“ der Sozialisten etwas zu fürchten haben. Sie sind ja national wie Augener selber. Das heißt: sie werden sich als treue Schützlinge der kapitalistischen Interessentenverbände betrachten.

Sozialdemokratie gegen Friedensbrecher

Eingreifen tut not! / Weitere Passivität bedeutet neuen Weltkrieg!

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag obige Interpellation eingehend, in der die Reichsregierung angefragt ist, ob sie zum Handelsboykott gegen Japan bereit ist, gegen Japan den Handelsboykott zu erklären.

Die Ereignisse im Fernen Osten gehören das deutsche Volk schon bald nicht direkt. In Wahrheit sind alle Länder der Welt ohne Ausnahme an der Entwicklung in Ostasien unmittelbar interessiert, nicht nur wegen ihrer Handelsbeziehungen oder wegen des Schadens ihrer dort lebenden Staatsangehörigen, sondern auch aus anderen, höheren Gründen. Es kann kein Zweifel mehr daran bestehen, daß man einem neuen Krieg im Asienraum nicht mit jedem Tag nähertritt, wenn nicht sehr bald durch eine internationale Aktion dem japanischen Imperialismus Einhalt geboten wird; und außerdem würde die weitere unermittelte Folge einer weiteren Passivität der Mächte der Zusammenbruch des Völkerbundes sein, der jede Grenzverletzung verliert, wenn er sich nicht dazu aufrafft, Japan zur Einstellung der Feindseligkeiten und zur Achtung der internationalen Verträge zu zwingen. Ein Zusammenbruch des Völkerbundes wiederum bedeutet freie Bahn für die Rüstungsapopte und Kriegstreiber in allen Ländern mit der unabwendbaren Konsequenz eines neuen Völkergemeinets aus Europa.

Diese Erwägungen beweisen zur Genüge die Notwendigkeit des Schrittes, zu dem sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion entschlossen hat. Seit Jahr und Tag wird in der Arbeiterklasse des Ost- und Auslandes an der Passivität der Mächte und an dem Verhalten des Völkerbundes gegenüber dem Konflikt im Fernen Osten unaufhörlich heftige Kritik geübt, ohne daß die Schwierigkeit des Problems irgendwie verkannt worden wäre. Die Schuld namentlich Englands und Amerikas liegt natürlich viel schwerer als die der Reichsregierung. Aber auch das deutsche Volk trägt seinen Anteil an der Verantwortung für das katastrophale Verhalten des Völkerbundes seit dem Beginn der japanischen Aktion in der Mandchurei im September 1931. Denn die deutsche Diplomatie hat nicht rechtzeitig erkannt, daß gerade sie wegen der geringeren unmittelbaren deutschen Interessen im Fernen Osten und der sich daraus ergebenden größeren inneren Unabhängigkeit berufen gewesen wäre, die Initiative für eine energische und erfolgversprechende internationale Friedens-

aktion zu ergreifen. Sie hat insbesondere nicht begriffen, daß, von einer höheren Warte gesehen, Deutschland als einseitig abgerichtetes, die allgemeine Abklärung erlösendes Land das größte Interesse daran hätte, sich einer Entwicklung entgegenzustellen, von der nur jene Nutzen ziehen können, die immer wieder behaupten, der Völkerbund sei unnütz, die internationale Friedensorganisation gehöre in das Reich der Träume und jede Abklärung gefährde die nationale Sicherheit.

Nun ist es unbestreitbar, daß jetzt ein Eingreifen noch viel schwieriger ist als damals, wo es noch möglich gewesen wäre, den Brand im Keime zu erlöchen. Aber eben weil die Gefahr heute viel größer ist, ist eine Aktion um so dringlicher und müssen auch die Mittel viel drastischer sein, wenn sie überhaupt noch zum Ziele führen sollen. Die einzige Begründung, mit der sich fast ein Jahr lang die dilatorische Taktik des Völkerbundes rechtfertigen ließ, war, daß man den Bericht

der eingeleiteten und an Ort und Stelle entlandenen Völkerbundskommission abwarten müsse. Nun liegt der Britton-Bericht bereits mehr als drei Monaten vor. Seine Feststellungen über die Schuldfrage sind eindeutig zugunsten Chinas, seine konkreten Lösungsvorschläge sind sorgfältig abgemogen und durchaus anwendbar. Warum wird noch immer nicht gehandelt?

In dieser Situation hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion — übrigens zur selben Zeit wie die französischen Sozialisten — einen aufsehenerregenden Vorstoß unternommen. Der folgende Wortlaut ihrer Interpellation erinnert die Reichsregierung an ihre Pflicht als Völkerbundestaat und als Kontrahent des Kellogg-Paktes. Wogu die feierliche internationale Verpflichtung, den Friedensbrecher zu ächten, den angegriffenen Staat zu schützen, wenn in einem solchen extantanten Fall die Verträge leeres Papier bleiben? Das Völkerbundstatut, durch den Kellogg-Pakt bekräftigt, sieht gemeinsame Sanktionen gegen den Angreifer vor. Ein militärisches Vorgehen ist einstweilen gar nicht erforderlich, wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen würden zweifellos genügen, zumal wenn man bedenkt, wie empfindlich Japan den Boykott seiner Waren allein in China empfindet.

Einen internationalen Handelsboykott wären die japanischen Imperialisten keine sechs Wochen gemacht, bald würde sich der Horn ihres Volkes, das sie zunächst in nationale Geflüge verjagt haben, gegen sie wenden. Diese Forderung, die zum ersten Male von einer großen Partei mit Betruß in konkreter Form erhoben wird, dürfte den stärksten Widerhall in der ganzen Welt erwecken. Sie ist im richtigen physikalischen Augenblick, die internationale Debatte gewonnen worden und wird in der ganzen Welt erörtert werden.

Langfristige Gemüter mögen über dieses seltene Verlangen erschrecken und allerhand Einwendungen dagegen erheben. Aber diese Einwände, mögen sie politischer oder wirtschaftlicher Natur sein, können die einfache Tatsache nicht entkräften, daß die Drohung mit dem internationalen Handelsboykott, ergänzt durch die moralische Bedrohung, die in dem internationalen Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Japan, das letzte Mittel darstellt, um den japanischen Imperialismus und Militarismus zum Rückzug zu zwingen. Weitere Passivität bedeutet neuen Weltkrieg!

Papen berichtet Schleicher

Die „Mittler“-rolle des Herrenreiters Der Besuch Papens beim Reichstagsrat hat Montag mittag tagungsfinden.

Am 11. und 12. war darüber mitgeteilt:

„Der Reichstagsrat empfing heute Herrn von Papen zu einer Rücksprache über seine Begegnung mit Herrn Hitler vom 4. Januar und die daraus resultierenden Vorkommnisse. Die Aussprache ergab die völlige Zustimmung der Reichstagsrat und Herrn von Papen.“

Diese amtliche Mitteilung richtet sich in der Sache zunächst gegen das Organ Hitlers, den „Völkischen Beobachter“, der als erster bestimmte Behauptungen über „Gegensätzlichkeiten“ zwischen dem Reichstagsrat und Herrn von Papen veröffentlichte. Am 11. und 12. war darüber mitgeteilt, daß die amtliche Mitteilung die Angabe über den wirtlichen Inhalt der Besprechung.

Die Besprechung zwischen dem Reichstagsrat und Papen war außerordentlich eingehend. Ob sich aus dem heutigen Bericht des „Völkischen Beobachters“ Papen später eine direkte Fällungnahme des Reichstagsrats mit dem Nationalsozialismus einleiten wird, wird sich jedenfalls erst nach dem am Sonntag stattfindenden Landtagswahltag in Sippe ergeben. Ein Empfang Papens durch den Reichspräsidenten war bis heute mittag noch nicht eingetreten.

Exportzerstörende Agrarpolitik

Der Wirtschaftskrieg im Schleicher-Kabinett / Reichslandbund droht

Das fortwährende schärfste Gegenstück zwischen dem Reichswirtschaftsminister Wernicke und dem Reichsernährungsminister Brüning ist, dass man sich nicht nur einig über die Lage der Dinge, sondern auch über die richtige Lösung der Probleme einig ist. Am Sonnabend sind zwischen dem Reichsminister v. Schleicher, dem Reichswirtschaftsminister und dem Reichsernährungsminister eine längere Besprechung stattgefunden, in der die Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Ministern erledigt wurden. Wie schon bei dem berühmten Konflikt zwischen Wernicke und v. Braun unmittelbar vor der Bildung des Schleicher-Kabinetts, so heißt es auch jetzt, daß eine Verständigung zwischen dem Reichswirtschaftsminister und dem Reichsernährungsminister herbeigeführt worden sei. Aus der Tatsache, daß der Reichsminister die Initiative ergreifen mußte, mag die Schärfe der Gegensätze ersehen werden, die zwischen den beiden Reformministern besteht.

Gegenstand des Kampfes ist natürlich die San-

bspolitik, deren bisherige Gesamtrichtung die höchsten des Reichsernährungsministers, von Grund auf gefährdet ist. So erscheint uns höchst zweifelhaft, daß ein Ausgleich der Gegensätze zwischen der von der Industrie gewollten exportfördernden Politik und der exportzerstörenden Agrarpolitik des Herrn v. Braun überhaupt erreichbar ist. Die Lage wird durch eine Rede des Reichslandbundespräsidenten Graf Rautschuß getrennschwer, die gestern in Frankfurt a. M. Ober gehalten wurde. Der Vortragsinhaltszusammenhang, so sagte Graf Rautschuß, ist wirksamlos, wenn nicht auch eine Kontingenterstellung der Margarineproduktion erfolge. (Vor wenigen Tagen hat Rautschuß außerdem ein Buttereinfuhrverbot verlangt.) Bei den bevorstehenden Handelsvertragsverhandlungen müßten autonome Zölle eingeführt werden, was praktisch heißt, daß der Landbund das Ziel des

Jolltrages-Deutschlands gegen alle Verträge. Rautschuß sprach auch eine massive Drohung gegen das Schleicher-Kabinett aus. Wenn die Reichsregierung den Weg des Landbundes und des Deutschen Landwirtschaftsrates gehe, so sei das der Weg zur Rettung. Gehe sie aber einen anderen Weg, so werde sie ihn ohne den Ernährungsminister von Braun gehen müssen.

Wir glauben, der deutschen Gesamtwirtschaft würde ein sehr großer Dienst geleistet, wenn die Reichsregierung in der Handelspolitik so verfuere, daß Herr von Braun nach dem Willen des Deutschen Landwirtschaftsrates gehen müßte. Da der Reichsernährungsminister von Braun aber keine andere Politik als die des Landbundes und des Landwirtschaftsrates machen darf, ergibt sich auch aus den Ausführungen Rautschuß' nur der Schluß, daß die Gegenfähigkeit der Aufstellungen im Reichskabinett auf einem Höhepunkt angelangt ist.

Der Mädchenmord mit dem Hakenkreuz

„Säng ihr doch einen Stein um den Hals“

Die Zeugenaussagen im Frankfurter Studentenmord-Prozess haben vor ihrem Abschluß im Dienstagvormittag noch die Richter überrascht. Die Aussagen derjenigen nationalsozialistischen Studenten, die in der Sache mitbeteiligt waren, sind in der Tat sehr merkwürdig und eine Komplexion stellen. Die bisher vernommenen SA-Leute stellen dem Hauptangeklagten Studentenmord, der sich bei zahlreichen Zusammenkünften der Nazis mit Anderen in der Sache als brutaler Schläger erwies, ein „vortreffliches“ Zeugnis aus. „Im Dienst war er gut“, heißt es wiederholt.

In dem Prozeß jedoch steht die Partei, die für die drei des ge-

Raubüberfall am hellen Tage

Am Montagmorgen wurde der Kassenbote einer Zigarettenfabrik in Berlin O. im Eingang des Fabrikgeländes von zwei jungen Burken überfallen und angegriffen. Der Kassenbote erlitt schwere Verletzungen in der Brust und im Oberarm, befand sich jedoch, bevor er zusammenbrach, noch die Kraft und Geistesgegenwart, die Tür zum angrenzenden Fabriklagerraum aufzuschließen und seine Geldkassette mit 4000 Mark Inhalt hineinzuwerfen. Als die Diebe ihren Anschlag verübt hatten, ergiffen sie in einer vor dem Hause wartenden Tante die Fährte.

Der Defraudanten-Professor

Der in Cambridge (Massachusetts, USA) verhaftete „Professor“ Norman Cronan, der nach Aussage gefälschten Wechsel in Höhe von fünf Millionen Mark vor drei Jahren aus Berlin geflüchtet war, wurde im Cambridge Untersuchungsgefängnis gefangen. Die Bundesstaatsanwaltschaft beschlagnahmte die Gefängnisbriefe bis zum Eingang des Auslieferungsantrags der deutschen Regierung auszuheben.

meinen Wortes angeklagten SA-Leute, insbesondere für den Hauptangeklagten Studentenmord. Allerdings war in dem Augenblick, als die junge Leichte des Studentenmord in der Dezembernacht 1931 in den Wein geflohen wurde, niemand zugegen und die drei Angeklagten, die nach Hause zurückkehrten, wurden gegen sie ihr eigenes Angeklagte.

Die Kriminalkommission, die die Untersuchung durchgeführt haben und die beiden Untersuchungsrichter betrafen, daß Studentenmord bei seinem immer wiederholten Gefährden der Vorarbeit einen durchaus glaubwürdigen und ehrlichen Eindruck gemacht habe. Landgerichtsrat Stumpf stellt fest, daß Studentenmord im ganzen fünf Darstellungen der Tat gegeben habe, die einander sämtlich widersprechen.

Entscheidend für den Ausgang des Prozesses dürfte die Beurteilung des Seelenzustandes der Ermordeten kurz vor ihrem am 7. Dezember erfolgten Tode sein. Am 2. Dezember ließ sich Emma Lohse photographieren. Die Bilder wollte sie zu Weibschwestern verschenken. Am 5. Dezember machte sie Weibschwesternaufnahme. Am Nachmittag ihres Todesages äußerte sie, wie ihre Arbeitsgeberin vor Gericht betonte, in föhlicher Laune den Wunsch, ihr zu Geföhnen für Weibschwestern einen Korb mit Pfeffern zurecht zu machen. Von irgendeiner trübten Laune oder gar Selbstmordgedanken des 19jährigen jungen Mädchens hatte niemand etwas gemerkt.

Anfreiwillig tonisch wirkte die Bemerkung des Barrers Trapp aus Dorffproleten, der Heimat der Großeltern des Angeklagten Art. Bell Artzt immer, wenn er zum Besuch seiner Großeltern kam, dass im Pfarrhaus gekommen ist, ein fleißiger Kirchgänger war und nicht so handelte wie jene Kirchgänger, die von den Ideen der Großstadt angezogen, die Kirche meiden, ist Artzt nach Ansicht des Barrers ein guter antändiger Mensch. Dabei war es Artzt, der seinen Freund Eich in hohem Maße soziale und andere Wirtschaften in der Frankfurter Altstadt führte, wo man sonst Kirchgänger nicht trifft. Artzt war es auch, der bei der Beratung des Weibschwesterns sofort erklärte: „Schieß ihr doch eine Frage in den Kopf oder schmeißt sie ins Wasser.“ Als man ihm entgegenkam: „Ja, da kommt sie doch wieder hoch“, entgegnete der fleißige Kirchgänger: „Säng ihr doch einen Stein um den Hals, da verfinstet sie“.

Ein Berufsfolge des Angeklagten Eich befaßt diesen sehr stark durch die Bemerkung, daß Eich einige Zeit vor der Tat ergriffen habe, sein Freund habe ein Mädchen „unglücklich gemacht und sie wollten sie nun in den Wein stummen“. Kurz nach der Tat habe er dann erzählt: „Gestern ist ein Mädchen in den Wein geworfen worden, wir haben sie aber nicht gefahren hören.“ Mit dieser Behauptung stimmt Studentenmord ursprüngliches Geföhndnis überein, doch Eich ihn an der Gallusmarkt, also etwa 2 Kilometer vom Tatort entfernt, erwarnt und ihn im ersten Hitler-Sargen mit den Worten begrüßt habe: „Moralisch ist er erledigt.“

Ueber das moralische Niveau der Angeklagten informiert ein Bild auf die Aufklagebank. Die Mädchen die Angeklagten.

Der Nazimord am Jungarbeiter Hanisch

Weitere scharfe Kritik an der Haltung der amtlichen Stellen Breslau

Eigener Bericht

Breslau, 9. Januar.

Die sozialdemokratische Breslauer „Volkswacht“ befähigt sich in ihrer Montagausgabe nochmals ausgiebig mit dem Mord an dem jungen Arbeiter Hanisch und veröffentlicht verheerende von den Ermittlungsbehörden bisher verheimlichte Tatsachen, die das zweifelhafte Verhalten der Polizei und der Staatsanwaltschaft im Falle Hanisch in ein charakteristisches Licht rufen.

Die „Volkswacht“ berichtet u. a., daß den beiden jugendlichen Freunden des Hanisch, die sofort die Herausgabe des flüchtigen Kramczyk aufgefordert hätten, nach der Tat von den Kumpanen des Mörders zugerufen wurde: „Ihr Hunde kommt morgen dran!“ Als sie später vor dem Hause des Mörders warteten, beobachteten sie wie einem an der Haustür stehenden mit Knäueln bewaffneten Hakenkreuzler vom Balkon

der Familie Kramczyk aus aggressiver Verhaltensweise gegen die Freunde des Ermordeten gegeben wurden. Das bei der Tat benutzte Messer ist nach der „Volkswacht“ von Frau Kramczyk freiwillig von Blutspuren gereinigt und am Freitag in der Polizei in einem Ofen in der Wohnung der Familie Kramczyk gefunden worden.

Ein bemerkenswertes Verhalten ist — so bemerkt die „Volkswacht“ weiter — von den Justizbehörden bisher als Begünstigung bezeichnet worden. Jetzt aber wurde es plötzlich als Notwehr hingestellt. Von der Polizei sei ferner berichtet worden, daß nachdem Kramczyk bereits ein Geständnis abgelegt hatte, sich drei Nazis als Zeugen gemeldet hätten, die erzählen wollten, sie hätten genau gesehen, wie ein sozialistischer Jugendlicher einen Gefinnungsstreifen erlöschte hätte. Diese infamen Schurken habe man anscheinend

auch wieder laufen lassen. Bei solcher Fülle von Sägen, Begünstigungen und Entlastungsversuchen müsse man den Untersuchungsrichter bewundern, der es fertig bringe, sich als Diener des heute geltenden Rechts auszugeben und bei gleichzeitig den dringenden Tatverdacht nicht bejahen könne.

Schließlich übt die „Volkswacht“ nochmals scharfe Kritik an dem amtlichen Bericht des Breslauer Polizeipräsidenten. In dem ersten Polizeibericht sei von dreißig Jugendlichen der SA die Rede gewesen, die sich angeblich am Nachtsicht zur Stunde der Tat herumgetrieben hätten. Dabei habe die Politische Polizei genau gemerkt, daß diese Angaben nicht den Tatsachen entsprächen. Daß Kramczyk nicht in Rommer gefangen haben könnte, ergebe sich schon aus der Tatsache, daß unvoreingenommene Streifenposten den Jugendlichen der SA zum Schutz gegen die Mörderherden beigegeben wären.

Nazis verdreschen Nazi

Aber Kommunisten werden verdächtigt

Eigener Bericht

Bln, 9. Januar.

Dieser Tage berichtet der „Weißrussische Beobachter“ in großer Aufmachung und mit den üblichen Übertreibungen, daß der Stadtorde und der Gauinspektor der Partei in Riga, der frühere Gestapobeamte Götzel, bei seiner Stellung ausging, weil sein Gefinnungsstreifen wegen eines großen Verhörsbetruges zum Schaden der Reichsbahn zu einer längeren Freiheitsstrafe rechtskräftig verurteilt wurde, von Kommunisten in harten Überfällen und durch Schläge mit hinteren Gegenständen erheblich verletzt worden sei. Auch seine Frau habe etwas ab bekommen. Obel erstattet jeder Anzeige bei der Polizei.

Jetzt hat die Polizei festgestellt, daß keine Kommunisten, sondern SA-Leute ihren Gauinspektor Götzel vermeldet haben. Er war verdrängt worden, weil es der Führer SA unterdrückt worden war, eine Weibschwestern abzuhalten.

Derop vor den Arbeitsgerichten

Sowjetrussische Lohn- und Wirtschaftspolitik

In der Sowjetunion soll nach kommunistischer Behauptung der Sozialismus verwirklicht sein. Danach möchte man annehmen, daß in den Sowjetbetrieben in kapitalistischen Ausmaß erst nach der Fall II. In Wirklichkeit ist jedoch gerade das Gegenteil der Fall.

Die Derop — Deutsche Betriebsgesellschaft für russische Desprodukte — ist ein Unternehmen in russischem Staatsbesitz. Es gibt in Deutschland aber nur wenige kapitalistische Unternehmen, deren Vertreter sich so oft vor den Arbeitsgerichten einfinden und dort — verurteilt werden müssen, wie das bei der Derop der Fall ist. Bei ihr werden Betriebsräte vor die Tür gelockt, wenn sie nichtkommunistischer Gesinnung verdächtig sind. Bei ihr werden Angehörige entlassen, wenn sie die Bezahlung der Überstunden und in der richtigen Gehaltsklasse verlangen. Daß hierzu auch in einem Fall eine Angestellte betroffen wurde, die durch die Entlassung in bittere Not geriet, kümmert die Derop nicht.

Wie es die Derop mit Treu und Glauben hält, zeigt ein anderer Fall. Einem auf Umhängeprovision angestellten Vertreter wurde

während der ganzen Dauer seiner Tätigkeit die Vergütung nach willkürlich festgesetzten Tabellen berechnet und ihm wurde zu allen Zeiten bei der Verhandlung vor dem Arbeitsgericht auch noch zugemutet, auf den widerrechtlich eingehaltenen Betrag zugunsten der kommunistischen Partei zu verzichten.

So sind die herrschenden, die den Sozialismus in Erbschaft haben: sie rangieren in sozialer Hinsicht noch hinter den privatkapitalistischen Unternehmen.

Unerbörter SA-Terror

Besammlungsprengung in Berlin

In einer kommunistischen Besammlung am Montagabend, die im Rodden Berlins stattfand, kam es nach Sprengung der Besammlung durch Nationalsozialisten zu einer

erbitterten Saalkampft. Etwa 80 Tische und 270 Stühle gingen in Trümmer. 15 bis 20 Personen wurden verletzt. Es wurden von Parteienfeinden in Sicherheit gebracht.

Bließige Korbetten in Lippe

Wegen der bevorstehenden Landtagswahl in Lippe haben die Nazis in dem kleinen Bänden 3000 SA- und SA-Leute zusammengezogen, mit deren Hilfe eine neue Wahlleiterlage verhindert werden soll. Jeden Tag werden die Nazis neue Blütatten. Gestern Abend wurde der Konjum-Lagerhalter Brinkmann von einer Horde Brandstiftenden überfallen und niedergeschlagen. Die Unmenschen trampelten mit ihren schweren Stiefeln auf dem zu Boden geschlagenen herum. Sie traten ihn ins Gesicht, auf die Brust und den Leib, bis er bewußtlos liegen blieb. Es ist fraglich, ob Brinkmann die Wunden ertragen überleben wird.

Schleichers Bauernhof in Südbayern

Aus einer Statistik der bayerischen Regierung

Reichsminister von Schleicher beschäftigt, sich in Südbayern als Milchbauer anzuflehen.

Die bayerische Regierung stellt zur Zeit Erhebungen an über die Zahl der Bauernhöfe, die in den letzten zwei Jahren im naturprächtigen südbayerischen Alpenland „von Richtlandwirten und Richtbauern“ aufgeführt wurden. Vießhof handelt es sich gerade um die schönsten Höfe, die alteingesessene Bauernfamilien verkaufen, weil sie durch die von ihnen betriebene Vieh-, Milch- und Holzwirtschaft in Schuß sind und oft in direkt materielle Not geraten sind. Dabei spielt auch der Umstand eine Rolle, daß die Angebote der kapitalstrahlenden Interessenten gerade aus Nordbayerland für die bedrängten Bauern sehr verdienstlich sind.

Wie wir uns vergewissern haben, zählt auch Reichsminister von Schleicher, der sich seit dem vorigen Sommer in den kaffeehaltigen, richtlandwirten und Richtbauern, die gerade im höchsten Teil Oberbayerns sich ansiedeln wollen. Das Gut, das ihn reizt, ist der sogenannte Ranzentaler Hof, der anerkannt schönste in der Riesbacher Gegend, eine Viertelstunde von Hinderbunde Sommerausflugsort Dietramszell entfernt.

Er steht zum Verkauf, weil sein bisheriger Besitzer ohne direkte männliche Nachkommen gestorben ist und das Ganze einer Erbgenossenschaft hinterlassen hat, zu der auch die beiden Töchter

zählen, die das Gut gegenwärtig bewirtschaften. Dies haben unter dem heutigen Noterbschicksal keine Lust, den Hof weiterzuführen, zumal ihnen durch die verlangte Auszahlung der übrigen Erben die Schulden über den Kopf wüchsen.

Der im wesentlichen auf Vieh- und Holzwirtschaft gestellte Betrieb befindet sich in bestem Zustand; dreißig prächtige Kühe und sieben Pferde für die Zugarbeit stehen woißgepflegt in den Stallungen. Der Gemeinde Parsberg, zu der der Ranzentaler Hof gehört, ist vor allem daran gelegen, daß der tüchtigste Besitzer das Gut nicht veräußert, sondern möglichst im bisherigen Umfang weiter bewirtschaftet. Das haben die Angehörigen des Herrn von Schleicher dem Bürgermeisterei schon bei der ersten Besprechung zugetragen, so daß dem Kauf von dieser Seite kein Hindernis mehr in den Weg gelegt wird. Der Oberrecht des Hofes schätzte dessen Wert auf 180.000 Mark.

„Ehrenbürger“ — sonst gar nichts

Die Nazimehrheit des Stadtrats in Weimern hat beschlossen, Hitler zum Ehrenbürger zu ernennen und dem Rathaus in Zukunft das Nordbarran der SA weihen zu lassen. Der Beschluß wurde am Sonntag nach dem Gottesdienst gefaßt. Nur die Nazistadtordeordneten waren zu der von dem Nazistadtordeordnetenvorsteher abgeraumten außerordentlichen Stadtordeordnetenversammlung erschienen.

SPD, Ortsverein Halle

Ortsbezirksversammlungen

- Donnerstag, den 12. Januar, abends 8 Uhr:
4. Ortsbezirk: Restaurant Max Rippe, Gartenbergstraße.
9. Ortsbezirk: Restaurant „Zum gemüthlichen Feind“, Kleine Traubensstraße.
11. Ortsbezirk: Restaurant Leuchte, Wormalder Straße.
14. Ortsbezirk: Restaurant „Wasserfontein“, Völlberg.
Freitag, den 13. Januar, abends 8 Uhr:
1. Ortsbezirk: Restaurant „Reichs Adler“, Trotha.
2. Ortsbezirk: Restaurant Müller, Kröllwitz.
3. Ortsbezirk: „Blumenstraße“, Markt 42/44.
6. Ortsbezirk: Restaurant „Turnerschützen“, Grünstraße.
7. Ortsbezirk: Restaurant „Rote“, Al. Thomas.
8. Ortsbezirk: Restaurant Bollmann, Freimühlstraße.
10. Ortsbezirk: Restaurant „Zwingerlöcher“, Zwingstraße.
12. Ortsbezirk: Restaurant „Bernhardyhalle“, Thomastraße.
13. Ortsbezirk: Bergarbeiterhaus, Badenbergstr. 39.
15. Ortsbezirk: Restaurant „Schreibergarten-Eid“, Villa-Bronnroth-Str. 2.

In allen Versammlungen wichtige Tagesordnung, Wahlen usw. Die Mitglieder werden ersucht, zeitlich und pünktlich zu erscheinen. Das Sekretariat der SPD.

Überfüllter Bildungsfursuchender Kapitalistisches Trümmersfeld — Sozialistischer Aufbau.

Wenn oben wurde im August 1932...
Heim der D.D. in der Gr. Märkerstraße 7...
zweite Bildungsfursuch der Partei eröffnet.
diese Bildungsfursuch der Partei...
Genosse, auch verstand es, in letzter, fast zu ruhiger Vortrag die Dorer anschaulich mit den Grundbegriffen der Nationalökonomie vertraut zu machen...
Es wäre zu wünschen, wenn Genosse Fuchs die Dorer noch mehr zu einem Frage- und Antwortspiel erpöge.

Drei Menschen lebensmüde

Zwei Selbstmorde, ein Freitodesurtheil
Genie früh gegen 37 Jahre starb...
Freitod...
Genie...
Freitod...
Genie...
Freitod...

Mißglückte Erneuerungsversuche in einem Nazinest

100 000 Mark Sparguthaben verpulvert

Skandalöse Durchführung bei der Strauchföhen Kasse / Verkauftene Darlehnsfonten
Auch die Reichsbahnhauptkasse schwer geschädigt / Bereitete Hoffnung auf eine Inflation

Eine harmlose Notiz...

Die Pressestelle der Reichsbahndirektion Halle teilt mit:
Im Bezirk der Reichsbahndirektion Halle...
Zu es nicht vertretbar erschien, in letzter Zeit...
Auch was sich dahinter verbirgt

und noch einige andere mit Summen zwischen 1000 und 2000 Mk. Weiter wird behauptet, daß einige Konten, darunter das des Herrn Strauch, verschwinden...
find, so daß die Summe der von diesen Herren entnommenen Gelder gar nicht nachgewiesen, sondern höchstens geschätzt werden kann...
Am skandalösesten aber ist die Art der Darlehnsvergewährung. Wie das „Mitteilungsblatt“ behauptet, haben sich die Vorstandsmitglieder die Darlehen entweder selbst oder mit Hilfe eines anderen Vorstandsmitgliedes genehmigt.

30000 bis 50000 Mk. aus geliehen. Es soll im ganzen ein Fehlbetrag von 90 000 bis 100 000 Mark vorhanden sein. Das Vorkaufsrecht an der Sache ist aber, daß sich eine ganze Anzahl der in dieser Kapitalverflechtung beteiligten Herren als eifrige Anhänger Adolf Hitlers vorfinden...
Der Geld brauchte, bezieht sich einfach ein Stückchen Papier und ging damit zur Hauptkasse der Reichsbahndirektion und zur Deutschen Verkehrs-Kreditbank...

Die Nazikorrupption auf dem Schlachthof

Ein Kommissar soll Ordnung schaffen — Vergebliche nazistische Vertuschungsversuche

Auf dem hallischen Schlachthof wurde im Oktober 1932 ein nationalsozialistischer Korruptionsstafel angeordnet. Nach Verhängung der wochenlangen kriminalpolizeilichen Ermittlungen wurde der bisherige Direktor des Schlachthofes, Dr. Altenstein, ein Nationalsozialist, seines Amtes enthoben und gegen ihn von der Staatsanwaltschaft ein Verfahren eingeleitet.
Man erinnert sich noch der kaum glaublichen Vorteile, die auf die Moral der nationalsozialistischen „Ermuener“ ein etwas seltsames Licht warfen. Antizipierte Arbeiter wurden entlassen und SA-Leute eingestellt, auf Rechnungen wurden Beträge gezahlt, die nie dem Geleisteten entsprachen, Firmen wurden unter der Vorbedingung beschäftigt, daß der Sohn des stellvertretenden Direktors Wallenberg bei ihnen beschäftigt wurde.
Die Verfehlungen kamen lediglich Nationalsozialisten zugute.
Jetzt hat der Magistrat für den Schlachthof einen kommissarischen Direktor ernannt, und zwar den bisherigen Direktor des

Wohnungsamtes, Dr. Bräutigam. Um die Beschäftigung der Nazi-Partei diffamierenden Vorgänge im Schlachthof durch diese Ernennung zu verhindern, geht das hallische Nazi-Komitee jetzt gegen Bräutigam zu Felde. Er sei Biologe und kein Verwaltungsmann. Tatsache ist, daß Bräutigam seit Jahren Verwaltungsoffizier ist. Er hat wohl Biologie studiert, hat sich dann aber der Volkswirtschaft zugewandt und lange Zeit das wichtige Wohnungsamt geleitet. Auf den Posten des Schlachthofdirektors gehört ein Verwaltungsbeamter.
Das Nazi-Komitee will eben durch diese Manöver nur von dem unangenehmen Nazikorrupsionsstafel ablenken, den sogar die ihr sehr nahestehende „Saalezeitung“ befragt, indem sie schreibt: „Für den kommissarischen Leiter des Schlachthofes gibt es übrigens in der Schlachthofverwaltung eine ganze Menge Dinge zu regeln, die nicht vorhanden sein dürften, wenn der bisherige Inhaber dieses Amtes seinen Posten in vollständiger vorchriftsmäßiger Weise ausgefüllt hätte.“

Mitglieder der Hitler-Jugend verschwunden

Die hallische Nazi-Partei ist dafür verantwortlich zu machen

Wie hat der Geist der Volksgemeinschaft in der Nazi-Partei sich (man glaubt ja die Oberbehörde) gepaart zu haben, das erhellte letzten aus den Fugateen, die zwischen D.D. und S.S. Mitgliedern und innerhalb der Hitlerjugend stattgefunden haben.
Daher überdies auch das Vertrauen der Mitgliedschaft zu den „Führern“ kaum mehr einen Heller wert ist, gerade die Tatsache, daß Mitglieder der Hitlerjugend ihrem „Kommandant“ Eidel die Fensterscheiben einwarfen.
Und wie wenig das Verhältnis dieser „Führer“ zu ihren Untergebenen ein taumelndes ist, das zeigte die Tatsache, daß Eidel die Polizei gegen einige Mitglieder der Hitlerjugend in Bewegung setzte. Bei einem außerordentlichen Verhör einigten an der Fensterscheibe ein Hitler-Mädchen die Taten ein und nannte auch die Namen der Beteiligten.
Herr Eidel hat darauf diese Mitglieder der Hitlerjugend angegriffen. Fünf dieser jungen Leute sind nun — scheinbar aus Angst vor der

polizeilichen Verfolgung oder aus Angst, von der Parteileitung „gehörtlich“ zu werden aus Halle verschwunden und treiben sich irgendwo in Deutschland herum, um einer Verhaftung zu entgehen. Unter diesen fünf befinden sich die Schüler Kammell, Weiss und Riegler, die auch aus der Hitlerjugend ausgeschlossen wurden.
Riegler ist, trotz seiner Jugend, eine sehr bekannte Persönlichkeit. Er war lange Zeit Kampfmajor bei der Hitlerjugend und lag wegen einer über die Vorkommnisse vom Reform-Realgymnasium. Nach der Schüler-Annekte wurde er wieder in die Schule aufgenommen.
Der Aufsichtsrat der jungen Leute ist unbekannt, und es ist zu bezugnehmen Anlaß.
Von Riegler wissen wir, daß er beim heftigen Schlußkampf ohne Angabe von Entschuldigungsgründen fehlte — er ist noch nicht nach Halle zurückgetehrt.
Diese Tatsachen zeigen, wie wenig sich die Nazi-Partei und die Jugend kümmert. Eine un-

liche Verantwortungslosigkeit zeigt sich ja schon einmal bei der Hitlerjugend in Potsdam, wo man die Kinder so leicht unterdrückt und verprügelt, daß viele totfranz in den Kranen-Häusern untergebracht werden mußten. In Halle hatte man die Kinder bekanntlich im „Aktengarten“ in kalten Räumen auf Strohhalm bettet. Auch hier wurden einige Kinder krank und mußten in ärztliche Behandlung gegeben werden. Jetzt geht man einige junge Menschen ins Unglück. Der Fall Eidel in Dresden ist ja ein barbarisches Beispiel, wie die Drogenlosigkeit gegen ihre Jugendmitglieder vorgeht.
Dieser furchtbare Fall eines Memmoreden wird auch die fünf hallischen Jungen zur Flucht aus Halle veranlaßt haben.
Mit diesen Mitteln wird die Nazi-Partei aber die Jugend nie als für sich gewinnen. Im Gegenteil, die Volksgemeinschaft in Halle zeigen, daß in der heutigen Jugend viel zu viel demokratischer Geist lebt, als daß sie sich so ohne weiteres der Kräfte unterordnet. Für sie kann die Rekrutierung in der Nazi-Partei nur eine gute Lehre sein.

Die Volkshochschule in der zweiten Hälfte des Winters

unmöglich zu machen. Während der Winterferien...

Das Leben fast

Heute früh gegen 6 Uhr verstarb sich die Frau M. W. D. in der Straße 20, Mittels...

Insbesondere einen Preisverleihung unternehmen...

Jum „Rosenkavalier“ im höchsten Stadt-Theater

Vor vollendeter Pause wurde am Sonntagmorgen...

Und hat die Oper große Freude bereitet. Besondere...

Dumme Jungen verhielten in der Bahnhofstraße...

Schleibersvertrag. Die Ratifizierung Seiner...

Schleib. Gefährliches Spielzeug. Am Freitagmorgen...

Schleib. Verabreichung eines Interesses. Am Sonntag...

Kreis Querfurt

Dier Monate wegen Jagdvergehens. Der Fleischer...

Rebra. In die Knochen gefahren. Unter letzter...

Rebra. Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten...

Rebra. Dolgverfeigerung. Am Sonntag...

Rebra. Dolgverfeigerung. Am Sonntag...

Rebra. Dolgverfeigerung. Am Sonntag...

Rebra. Dolgverfeigerung. Am Sonntag...

Rebra. Dolgverfeigerung. Am Sonntag...

Rebra. Dolgverfeigerung. Am Sonntag...

Rebra. Dolgverfeigerung. Am Sonntag...

Rebra. Dolgverfeigerung. Am Sonntag...

Rebra. Dolgverfeigerung. Am Sonntag...

Rebra. Dolgverfeigerung. Am Sonntag...

Rebra. Dolgverfeigerung. Am Sonntag...

Rebra. Dolgverfeigerung. Am Sonntag...

Rebra. Dolgverfeigerung. Am Sonntag...

Rebra. Dolgverfeigerung. Am Sonntag...

Wieder tritt die Merseburger Volkshochschule...

Eine volkswirtschaftliche Arbeitsgemeinschaft...

Eine politische Vortragreihe wird von Dr. Koerlin...

Von demselben Vortragenden wird ferner eine...

Samst. Lebensüberbrückung. In der Schule...

Saalkreis

Ein politischer Prozeß um den Nachtwächter...

In den Tagen nach dem 20. Juli 1932 herrschte...

SPD. Unterbezirk Halle-Saalkreis

Am Sonntag, dem 15. Januar, vormittags 9.30 Uhr...

Sitzungen: im Lokal „Schützenhaus“ für die...

Winterrüstung: im Heim der Arbeiterwohlfahrt...

Alle Genossinnen und Genossen, die in der...

Der Unterbezirks-Vorstand.

gang ist von sechs Einwohnern beobachtet worden.

Durch den Gemeindevorsteher R. A. S. wurden der...

Es ist bedauerlich, daß nicht die Augenzeugen...

Opin. Die gefährliche Stadt. Der Ratgeber...

Opin. Die gefährliche Stadt. Der Ratgeber...

Opin. Die gefährliche Stadt. Der Ratgeber...

Opin. Die gefährliche Stadt. Der Ratgeber...

Opin. Die gefährliche Stadt. Der Ratgeber...

Opin. Die gefährliche Stadt. Der Ratgeber...

Etwas glücklicher sind die übrigen Themen belegt.

Des weiteren sind Vorträge und Arbeitsgemeinschaften...

Zeitungsmehrgang ist Vortragsreihe 1. Nr. für...

ohne Zahlung der Rede entzieten, schickte man...

Soeben. Sozialrentner-Versammlung. Am Sonntag...

Wettin. Sozialrentner gegen Färgearbeiten. In der sehr gut besetzten...

Wettin. Sozialrentner gegen Färgearbeiten. In der...

Wettin. Sozialrentner gegen Färgearbeiten. In der...

Wettin. Sozialrentner gegen Färgearbeiten. In der...

Wettin. Sozialrentner gegen Färgearbeiten. In der...

Wettin. Sozialrentner gegen Färgearbeiten. In der...

Wettin. Sozialrentner gegen Färgearbeiten. In der...

Wettin. Sozialrentner gegen Färgearbeiten. In der...

Wettin. Sozialrentner gegen Färgearbeiten. In der...

Wettin. Sozialrentner gegen Färgearbeiten. In der...

Wettin. Sozialrentner gegen Färgearbeiten. In der...

Wettin. Sozialrentner gegen Färgearbeiten. In der...

Wettin. Sozialrentner gegen Färgearbeiten. In der...

Wettin. Sozialrentner gegen Färgearbeiten. In der...

Wettin. Sozialrentner gegen Färgearbeiten. In der...

Wettin. Sozialrentner gegen Färgearbeiten. In der...

Wettin. Sozialrentner gegen Färgearbeiten. In der...

Wettin. Sozialrentner gegen Färgearbeiten. In der...

Wettin. Sozialrentner gegen Färgearbeiten. In der...

Wettin. Sozialrentner gegen Färgearbeiten. In der...

Leitficher Stadtkonk

Politische Statistik. Wegen unflüchtigen Vergehens...

Eilenburg

Mutlo gegen Baum. Montag morgen gegen 2 Uhr...

Die Sammelreise unter dem öffentlichen Weisheitsdamm...

Talchen zu

Die braunen Gehehen haben kein Geld mehr. Darum...

Kreis Jorau

Jorau (Stadt)

Stadtverordnetenversammlung. Die erste Stadtverordnetenversammlung...

Feier kommunikativer Ueberfall. Mehrere Parteigenossen...

Neue Opfer falkher Anturberungspolitik. Bodwig...

Kreis Liebenwerda

Neue Opfer falkher Anturberungspolitik

Bodwig. Während die Subjig im Endeffekt der...

Kreis Delitzsch (Stadt)

Ein Feuerwehrmann als Brandstifter

Selbstmord des Täters. Sonntagabend trag sich in dem kleinen Dorf...

Kreis Delitzsch (Stadt)

Ein Feuerwehrmann als Brandstifter

Selbstmord des Täters. Sonntagabend trag sich in dem kleinen Dorf...

Selbstmord des Täters. Sonntagabend trag sich in dem kleinen Dorf...

Vertical text on the left margin, partially cut off.

Die Katastrophe der „Atlantique“ / Kein Sabotageakt

Was werden die Matrosen des verbrannten Schiffes aussagen?

Eigener Bericht

Paris, 9. Januar.

Die Bezeichnung über die Katastrophe des französischen Ozeanliners „Atlantique“ wird sich nicht so leicht legen. Sie findet schon jetzt ein schiefes Echo in der Presse, und sie wird schließlich einer Interpretation aus dem Gegenstand einer Kammerdebatte bilden. Der Grund der Aufregung ist nicht allein im Verlust des größten französischen Handelsmarineschiffes zu sehen, das mit seinen 42 000 Tonnen einen Wert von über drei Millionen Franken repräsentiert. Der Unglücksfall ereignet sich über die Joadreite hinaus deshalb so große Begehrung, weil er die Beschaffung einer neuen Serie von Katastrophen bildet.

Vor der „Atlantique“ sind in einem ungewöhnlich kurzen Zeitraum die „Ara“, der „Paul Boco“ und der „George Schillpar“ auf ähnliche Weise zugrunde gegangen. Das ohnehin geringe Prestige der französischen Schifffahrt steht auf dem Spiel, denn die Gefahr liegt nahe, daß die Mehrzahl der Seeleuten von heute, die kein Bismarck in ihren Adern haben, aus begrifflicher Furcht um ihr Leben die französischen Schiffe meiden wird. Bei dem existenziellen Kampf, der im überseeischen Verkehr augenblicklich um jeden Auftrag geführt wird, muß sich dieser psychologische Faktor für die französischen Reedereien in der nächsten Zukunft sehr unangenehm auswirken.

Vom Minister der französischen Handelsmarine, Léon Meyer, der sich sofort beim Bekanntwerden der Unglücksnachricht nach Cherbourg begeben hat, ist eine scharfe Untersuchung über die Ursache der Katastrophe verprochen worden. Bei seinem Besuch der geretteten Mannschaften hat er die Matrosen ermahnt, ihr bei ihren Zeugenaussagen keinen Zwang auszuüben, da die Regierung ernsthaft fähig ist, ein wohlgegründetes Bild über die Schuldfrage zu erhalten. Der weitere Verlauf der Angelegenheit wird erweisen, ob diese gut gemeinte Aufforderung wirksam genug war, um den Mund dieser wichtigen Zeugen zu öffnen, oder ob die Furcht vor dem Zorn der Schiffsherren und die Sorge um die Existenz diese wichtige Erkenntnisquelle niemals zum Sprudeln bringen wird.

Von Seiten der „Navigation Sub-Atlantique, Bordeaux“, der Besten des Langstreckensverkehrs, ist bereits die übliche Erklärung übergeben worden, daß das Schiff mit allen modernen Sicherheitsvorrichtungen ausgerüstet gewesen sei. Nach der Kapitän Schoof und dem zweiten Kommandanten haben bei ihrer Vernehmung nichts anderes gesagt.

Auf die Stimmung der Defiantität haben diese Berührungspunkte keine große Wirkung gehabt. Überall herrscht die gleiche Stimmung gegen die Schiffseigner, aber auch gegen das gesamte System des Weltverkehrs, das größte Fortschritt, um die größte Gefährdung und das den raffiniertesten Zügen — ein Wettrennen, um in der gesamten internationalen Schifffahrt einziger ist und das auch von der französischen ohne Rücksicht auf die Folgen für die Sicherheit der Passagiere mitgemacht wird. Von sachverständiger Seite wird darauf hingewiesen, daß die Befriedigung der jüdischen Götze des modernen Seerechtens zum höchsten Zweck geworden ist. Ein Kritiker verweist hier auf den heulenden Riesenflügel der politischen Unwissenheit und Geschicklichkeit, die sich in diesem Wettrennen mit einem bitteren Papierneigenen einflussreichen Lager.

Die lächerliche Theorie eines Sabotageaktes ist glücklicherweise schon nach dem Bekanntwerden der ersten Berichte über den Verlauf der Katastrophe einmütig abgelehnt worden. Dagegen gewinnt die Überzeugung von der Anzulänglichlichkeit des Sicherheitsdienstes immer mehr an Boden.

Er hat angedeutet auch nicht im entferntesten der Größe der Gefahren entsprechen, die allein aus dem Vorhandensein des riesigen Apparates zur Befriedigung der Bedürfnisse an Wärme und an Räte drohen und die noch durch die Umwandlung eines solchen Schiffes in einen schwimmenden Bunker mit hölzernen Brantkammern, Schiffsstapeln, feindlichen Vorhängen usw. ins Ungemeine gesteigert werden.

Das überlebende Schiffspersonal kann meistens nicht mit der Handhabung der Bewehrungsmittel gegen einen Brand von solchem Ausmaß vertraut gemacht werden. Auf einer Reihe von Dampfern vom Typ der „Atlantique“ ist der Sicherheitsdienst nach Angaben von Passagieren bisher so gehandhabt worden, daß die zum Schiffsdienst bestimmten Matrosen einmal im Monat nur an die Apparate gerufen wurden, ohne für ihre Handhabung instruiert zu werden.

Auch im Fall der „Atlantique“ zeigen sich so die Folgen des aus den Tagen gebenden Systems der kapitalistischen Wirtschaft. Aus dem Überfließen an die Unmacht der Technik und im Bemühen um die äußere Wirkung, bei der aber ein Gottesdienst der Profit nicht zu kurz kommen darf, wird vollkommen vergessen, wie dem existierenden Apparat im Notfall die Tügel anzulegen sind.

Dazu kommt noch das Vertrauen der Reedereien auf die alten Gesetzen der Wirtschaft über-

sprechende Subventionen der Regierungen, die aus Gründen des nationalen Prestiges Privatunternehmungen öffentliche Mittel ohne Kontrolle zur Verfügung stellen.

Der Atlantique-Dank

Der Vizepräsident der Subatlantischen Schifffahrtsgesellschaft übermittelte an die Jagad nachfolgendes Telegramm: „Wir sind tief bewegt durch Ihr Telegramm und durch Ihre Teilnahme an dem entsetzlichen Unglück des „Atlantique“... Wir bitten Sie sehr, dem Kapitän und der Besatzung der „Ara“ unseren tiefgefühltesten Dank zum Ausdruck zu bringen für die Sorgfalt, die sie

ihren unglücklichen Kameraden von der „Atlantique“ zuteil werden lassen. Dieses schöne Beispiel der Solidarität unter Seelenten erst Ihre Frage, und wir legen Wert darauf, Ihnen zu folgen, wie hoch wir dies anerkennen.“

Auf dem Bruch der „Atlantique“

Paris, 9. Januar.

Auf dem Bruch der „Atlantique“, das jetzt an der neuen Anlage von Cherbourg befestigt ist, sind die Zeichen von fünf Befehlsmittelliedern zu sehen. Zwei von ihnen konnten identifiziert werden, die drei übrigen Zeichen sind vollkommen verloschen.

Internationale und 40-Stunden-Woche

Eigener Bericht

Genf, 9. Januar.

Die Statuten des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat am Sonntag mit den Arbeiterdelegierten zur 40-Stunden-Konferenz eine vorläufige Beratung abgehalten, in der Vertreter von Frankreich, Deutschland, Belgien, England, Schweden, Dänemark, Holland, Polen, Tschechoslowakei, Kanada, Spanien, Rumänien und Japan zugegen waren. Zwei Berufsinternationale, die der Transport- und der Landarbeiter, waren durch Jimen bzw. Schmidt vertreten, der IGB, hatte seinen Vorsitzenden Citrine und die Disziplinären Joubert und Mertens sowie Generalsekretär Scheepens entsandt. Es wurde die Auffstellung von Richtlinien für die Fassung der Arbeitergruppe auf der 40-Stunden-Konferenz besprochen.

In der Debatte wurden folgende Fragen behandelt. Soll die 40-Stunden-Woche in einer

einigen Konvention festgelegt werden oder sollen verschiedene Konventionen für die verschiedenen Wirtschaftszweige abgeschlossen werden. Die Mehrheit der Delegierten sprach sich für eine einzige Konvention aus, die in einzelnen Abschnitten der verschiedenen Schwierigkeiten der Durchführung Rechnung tragen soll. Einstimmig äußerten sich alle Delegierten für die Einbeziehung der Büro- und Handelsangestellten sowie gegen den Ausschluß kleiner Betriebe unter zehn Arbeitern in die 40-Stunden-Woche, wie es vom Internationalen Arbeitsamt angedeutet worden war. Auf Protest von Georg Schmidt (Landarbeiter-Internationale) gegen den Ausschluß der Landarbeiter von der Regelung der Arbeitszeitveränderung wurde beschlossen, einen Vorstoß in dem Sinne zu unternehmen, daß die Landarbeiter ebenfalls in die Konvention einbezogen werden. — Die Debatte über die Angliederung der Schiffe und die Erhaltung des Arbeitsvertrages bei einer Herabsetzung der Arbeitszeit um acht Stunden wünschenswert wird am Montagvormittag fortgesetzt.

Kleinbauern und Sozialdemokratie

Von Dr. A. Lipshitz

Ganz gleich, ob wir in die Zeit der Bismarcks oder der Bismarcks Sozialisten zurückdenken, wir können uns immer nur daran erinnern, daß die Landwirte über ihre angeblich schlechte Lage geklagt haben. Freilich waren die Klagen fast ausschließlich ostelbische Großgrundbesitzer, die ja von jeher die Meinung vertreten haben, daß der Staat nur für sie da sei, und daß aus den Mitteln der Allgemeinheit ihnen Mißbegaben und sonstige Stille zuteil werden müßte.

Wettreiß und Inflation und in den letzten Jahren Agrarcrise und Weltwirtschaftskrise haben den Kleinbauern ganz sicherlich zugefügt, und so ist es durchaus verständlich, wenn auch der Kleinbauer heute über seine traurige Lage zu klagen beginnt. Ihn bedrückt es vor allem, daß er für seine Erzeugnisse so schlechte Preise bekommt, und daß er seine Produkte, ganz gleich, was er anstellt, kaum noch absetzen kann und sie in der Regel verfaulen muß.

Weiter selbst er darunter leidet und wirtschaftlich, daß seine Erträge und Erträge, die früher in der Industrie oder in städtischen Haushalten Arbeit und Brot finden konnten, heute in der Regel erwerbslos bei ihm zu Hause liegen und trotz jahrelanger Beitragsleistungen seine Arbeitsunterstützung bekommen, weil der Vater ja Land hat und die davon nach Auffassung der Behörden mit ernähren kann, auch wenn es sich nur um eine kleine Stelle handelt. Dem Kleinbauern will und kann es nicht einleuchten, daß die Preise für seine Bedarfsartikel, wie sämtliche Dingen, Maschinen und Geräte, Kleidung und Schuhwerk, immer noch ungewöhnlich hoch im Preise stehen, und endlich ist er empört darüber, daß die Steuerlasten fortgesetzt steigen, und daß er Beiträge zu den Landwirtschaftskammern und den landwirtschaftlichen Unfallversicherungsanstalten in recht beträchtlicher Höhe zahlen muß, obgleich er von diesen Einrichtungen fast niemals einen Vorteil hat.

Weider hat die Mehrzahl der Kleinbauern noch nicht eingesehen, daß sie in diesem fürchterlichen Wirtschaftskampf nur einen wahren Freund hat, die Sozialdemokratie, die als Beschützerin der Schwachen und Unterdrückten ihn auch aus seiner bedrängten Lage herausheben will. Der Kleinbauer muß endlich erkennen, daß der jahrelange Kampf der Sozialdemokraten um bessere Lebensbedingungen für den arbeitsfähigen und industriellen Arbeiter und Angestellten ein Kampf in seinem eigenen Interesse gewesen ist. Denn nur wenn diese Erwerbsfähigen, die doch die größten Abnehmer der Produktionsprodukte des Kleinbauern, wie Milch und Butter, Obst und Gemüse, Eier und Fleisch usw., sind, auf verbessern können sie für die bäuerlichen Erzeugnisse gute Preise zahlen.

Es kommt der Sozialdemokratie aber nicht allein darauf an, die Erträge und die heute leider in so großem Umfang erforderliche Erwerbsunterstützung nach Möglichkeit zu steigern,

sondern auch darauf, daß für die Erzeugnisse des Kleinbauers eine vernünftige Absatzgarantie Platz greift. Sie fordert daher alle Maßnahmen, die die direkte Verbindung von Erzeugern und Verbrauchern ermöglichen und damit dem Landwirte bessere Preise für seine Produkte, dem Abnehmer mäßige Preise für seine Nahrungs- mittel gewährleisten.

Die Sozialdemokratie bekennt sich zu den Forderungen, welche an den hohen Preisen für die landwirtschaftlichen Bedarfsartikel Schuld tragen, und verlangt gerade auch im Interesse der Kleinbauern die Überführung dieser Wirtschaftszweige in staatliche Gemeinwirtschaft. Sie bemüht sich ferner darum, den Kleinbauern den Weg in die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften der Herabsetzung der Beiträge für die Kleinbetriebe und die Freistellung der Einzelbetriebe von solchen Beiträgen erreicht. Es ist die einzige Partei, die in ihr Agrarprogramm die Schaffung einer bäuerlichen Sozialpolitik aufgenommen hat, um auch den Kleinbauern die Einbeziehung in die Krankenversicherung, die Invaliden- und Altersversicherung zu ermöglichen.

Darüber hinaus hat sich die Sozialdemokratie noch derjenigen kleinbäuerlichen Landwirte bedrückt, die ihren Boden nicht auf eigenen Grund und Boden wirtschaften, sondern als Pächter der Ländereien von Großgrundbesitzern, Kirschen und Kirschen ein mehr als köstliches Dörflein stellen.

Die immer wieder verbesserten Bestimmungen der Reichspachtgesetzgebung legen bereits Zeugnis dafür ab, mit welchem Erfolge sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion im Interesse der Kleinpächter ins Zeug gelegt hat.

Lag der Arbeiter-Photographen

Der Arbeiter-Bildklub, die sozialdemokratische Organisation aller Arbeiter- und Filmamateure, hält am 21. und 22. Januar in Magdeburg seinen Bundestag ab. Im Rahmen dieser Tagung wird vom Vorsitzenden des WLB, Paul Franken-Geiß, M. d. L., über die Möglichkeit der Einfuhr von Bildern auf die Filmproduktion gesprochen werden; außerdem können Fragen der politischen Werbung zur Debatte.

Cube nach Bata

Eine scheidende Filmfirma plant die Herstellung eines Films über das Leben Bata's, die Angehörigen des verstorbenen Schiffsängers haben bereits ihre Erlaubnis gegeben. Jetzt wird in der Tischklosetto als Hauptdarsteller ein Mann gesucht, der Bata ähnlich sieht.

Drei Millionen Leningrader

Am 1. Januar fand eine Volkszählung in Leningrad statt. Die Zahl der Einwohner betrug 2 937 000 Einwohner.

Sozialer Dienst und IAD.

Biel Lärm um nichts

Die Organisationen der „Herren Front“ haben sich für die gemeinsamen Aufgaben, die sich aus der Hilfeleistung für die jüngeren Erwerbslosen und aus der Beteiligung am freiwilligen Arbeitsdienst ergeben, die Arbeitsgemeinschaft Sozialer Dienst gebildet.

Die Beteiligung des „Sozialen Dienstes“ ist entsprechend den verschiedenen Verhältnissen örtlich und bezüglich recht unterschiedlich. In vielen Fällen werden z. B. eigene Arbeitslager durchgeführt, aber ebenfalls oft kann man sich darauf beschränken, Angehörige anderer Organisationen in Arbeitslager öffentlicher Körperlichkeiten zu vermitteln. Aus dieser Tätigkeit ergeben sich zum zungänglichen Berührungspunkte mit anderen am IAD beteiligten

Hilfer gibt Urlaub

Nöhm nach Italien reist ab

Hilfer hat seinen „Soboschi“ Nöhm und den Berliner SA-Führer Graf Heldorf auf Urlaub nach Italien geschickt. Die nationalsozialistische Presse teilt dazu mit, daß die beiden bald zurückkehren werden. Von anderer Seite wird behauptet, daß diese Beurlaubung eine erste Frucht der Unterbrechung Hilfers mit Spaten ist.

Organisationen; es gilt häufig, gemeinsame Interessen der jungen Erwerbslosen und der Verbände gegenüber den Arbeitseinstern und anderen Behörden zu vertreten. In Berlin ist z. B. infolge des Verlangens der Stadt, daß für die von der durchgeführten Arbeitslager nur ein verantwortlicher Dienstführer in Frage kommen solle, eine Berliner Arbeitsdienst-Gemeinschaft gebildet worden. Dieser gehören neben dem „Sozialen Dienst“ die Deutsche Turnerhilfe, der Gewerkschaftsbund der Angestellten, der Reichsbund für Arbeitsdienst und andere Organisationen an.

Bevor die sozialistischen Organisationen am IAD, beteiligten, waren in einigen Landesarbeitsamtsbezirken sogenannte „Heimatwerke“ von solchen Kreisen gebildet worden, die sich durch die Arbeitslager den Aufbau einer die politischen und weltanschaulichen Gegensätze überbrückender „Volksgemeinschaft“ versprachen.

Diese „Heimatwerke“ wollten die einzelnen Verbände bei der Durchführung des IAD ausschließen und alle Lager unter ihrer eigenen Verantwortung führen. Das es nicht geschieht, hat insofern die Erfahrung gelehrt, Arbeitslager können nur dann sinnvoll durchgeführt werden, wenn zum mindesten der Stamm der Dienstwilligen von einer gemeindefähigen Obankommission mitgetragen wird, also einer Bewegung angehört. Die besondere Eignung der Verbände, zur Führung von Arbeitslagern, die junge Erwerbslose in genügender Anzahl erfassen, und ihnen eine gemeinsame Grundhaltung geben, wurde auch vom Reichskommissar für den IAD, anerkannt.

Der „Soziale Dienst“ hat von vornherein die Rücksichtnahme ausgeübt, daß gegen eine Mitarbeit seiner Organisationen an solchen Arbeitslagern nichts einzuwenden ist. Er steht aber abseits dem „Heimatwerken“ gegenüber, die bestrebt sind, eine selbständige Dienstführerorganisation darzustellen und einen dafür nötigen Geschäftsbetrieb (Büro, Geschäftsführer usw.) aufzubauen.

Nach dieser Rücksichtnahme wird verfahren und auf diese Weise den Interessen der Dienstnehmer in den Organisationen geben.

Die Aufgabe einer solchen zwerbestimmten und engbegrenzten Zusammenarbeit mit anderen, am IAD beteiligten Organisationen, die gelegentlich auch zentral, z. B. vor Beiratsungen mit dem Reichskommissar für den IAD, in Erscheinung trat — kurz eine Selbstverwaltung — fähigste gibt jetzt aus irgendwelchen Gründen rechtserheblichen Wäutern plötzliche Veranlassung, so zu tun, als ob hier ein ganz unerhörter neuer Vorgang zu verzeichnen sei. Daß die Kommissionen dabei sofort mitmachen und von einer „Einheitsfront“ SPD, bis ihrer sprechen, ist nicht zurechenbar.

Was es mit dieser Einheitsfront in Wirklichkeit auf sich hat, weiß jeder, der irgendeine Verbindung mit dem IAD-Maßnahmen sieht. Die hier dargelegten Zusammenhänge mögen aber der gesamten sozialistischen Arbeiterbewegung zeigen, daß anstehenden Arbeitsgemeinschaften nicht als einseitige Kräfte zu betrachten sind, die verstanden, Zwiespalt in die Reihen der (re)organisierten Arbeiterbewegung zu tragen. Der „Soziale Dienst“ wird aber seine Aufgabe zum Wohle der erwerbslosen Jugend, unterstützt durch alle Treibe- und Entlastungen, fortführen und den Kreisen im rechtsradikalen Lager, die mit wachsendem Unbehagen den zunehmenden Einfluß der „Herren Front“ bei der Durchführung des IAD verfolgen, den Gehäusen nicht tun, sich wieder abseits zu stellen.

